

Gemeinde Muldestausee

Beschlussantrag Nr.: 237/2022

☒ öffentlicher Teil

☐ nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Frau Böhland	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Haupt- und Sozialamt	

Beratungsfolge					
Gremium		Datum	dafür	dagegen	
Ortschaftsrat Burgkernitz					
Ortschaftsrat Friedersdorf					
Ortschaftsrat Gossa					
Ortschaftsrat Gröbern					
Ortschaftsrat Krina					
Ortschaftsrat Mühlbeck					
Ortschaftsrat Muldenstein					
Ortschaftsrat Plodda					
Ortschaftsrat Pouch					
Ortschaftsrat Rösa					
Ortschaftsrat Schlaitz					
Ortschaftsrat Schmerz					
Ortschaftsrat Schwemsal					
Ausschuss für Soziales, Schule, Kultur, Jugend und Sport					
Bau- und Vergabeausschuss					
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	30.08.2022	4 J	1 E	4 N
Jugendgemeinderat					
Gemeinderat	Beschlussfassung	07.09.2022			

Kurztitel: 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Muldestausee beschließt gemäß §§ 8 und 10 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288) in der zurzeit geltenden Fassung die 1. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Gemeinde Muldestausee vom 12.07.2019, in der vorliegenden Fassung.

Erläuterung: Die Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde macht sich aufgrund neuer Anforderung in Bezug auf die Bekanntmachung und Auslegung nach § 3 Abs. 2 Satz 1 und 2 in Verbindung mit § 4a Abs. 4 Satz 1 BauGB bei einem regulären Bauleitplanverfahren erforderlich. Der Bundesgesetzgeber hat hinsichtlich der Bekanntmachung und Auslegung zur förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung strenge Anforderungen im BauGB geregelt. Die Anforderungen an die Inhalte der Bekanntmachung sind im Gesetzestext nicht explizit genannt. Das Landesverwaltungsamt, Referat Bauwesen, hat daher zu diesem Thema eine Arbeitshilfe erarbeitet, die die Planungsträger dabei unterstützen soll, eine rechtmäßige und fehlerfreie Bekanntmachung vornehmen zu können. Diese basiert auf den zum aktuellen Zeitpunkt bekannten Kommentierungen und Rechtsprechungen zu den Anforderungen an die Inhalte der Bekanntmachung.

Unter Zugrundelegung der Arbeitshilfe ergibt sich ein Änderungsbedarf bei der Hauptsatzung der Gemeinde im Rahmen der Regelung des § 20 „Öffentliche Bekanntmachungen“ zur Form der Auslegungsbekanntmachung nach BauGB.

Der Städte- und Gemeindebund SA hat daraufhin sein Hauptsatzungsmuster um eine Regelung zur Form der öffentlichen Bekanntmachung für nach dem BauGB erforderliche Bekanntmachungen ergänzt und den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt. Das Muster bildet die Basis des Satzungsentwurfes der Gemeinde.

Im Zuge der Änderung der Hauptsatzung der Gemeinde werden die Regelung zur Bekanntmachung von Beschlüssen, die im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gemäß § 56a Abs. 3 Satz mit sowie zur sprachlichen Gleichstellung mit aufgenommen.

In dem Entwurf werden zwei Alternativen der öffentlichen Bekanntmachung aufgezeigt. Die erste Alternative gibt die bisherige Bekanntmachungsform durch Amtsblatt und Aushang wieder.

Neben den oben genannten Anpassungen wurde eine weitere Änderung zu dem Standort der Bekanntmachungstafel im OT Schlaitz vorgenommen.

Die Bekanntmachungstafel stand bisher, mit Genehmigung des Grundstückseigentümers, auf dem Grundstück des ehemaligen Einkaufsmarktes.

Mit der Schließung des Marktes ist der Zugang zur Bekanntmachungstafel eingeschränkt. Aus diesem Grund ist ein neuer Standort zu bestimmen. Die Verwaltung empfiehlt die Bekanntmachungstafel neben dem Mehrzweckgebäude (Ortsbürgermeisterbüro, Bauhofverwaltung) mit Sicht zur Straßenfront an der Grundstücksgrenze aufzustellen.

Die zweite Alternative beinhaltet die Regelungen zur Internetbekanntmachung.

Dementsprechend würden die gesetzlich erforderlichen Bekanntmachungen im Internet erfolgen, mit Ausnahme der Auslegungsbekanntmachung nach BauGB.

Dem GR obliegt die Entscheidung, ob die bisherige Form der öffentlichen Bekanntmachung (Amtsblatt/Aushang) beibehalten werden oder die zeitgemäße Bekanntmachungsform der Internetbekanntmachung im Gemeindegebiet zur Anwendung kommen soll.

Unabhängig von einer Entscheidung für die Internetbekanntmachung bleibt das Amtsblatt der Gemeinde, der „Muldestausee-Bote“ weiterhin Mitteilungsblatt der Gemeinde, jedoch in einem kleineren Umfang.

Zu bemerken ist, dass sich bei einer Bekanntmachung mittels Internet der Verwaltungsaufwand für die Aushänge in den Ortschaften minimieren würden. Im Weiteren wäre eine zeitnahe Veröffentlichung außerhalb des bisherigen Erscheinungsdatums des Amtsblattes möglich.

Der Satzungsentwurf wurde mit der Kommunalaufsicht des Landkreises abgestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:

a) einmalig: keine Mehrausgaben

b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben):

c) Haushaltsstelle, Sachkonto, Produkt:

Anlagen: Satzungsentwurf

Datum und Unterschrift Bürgermeister Ferid Giebler